Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Heidenau
(Polizeiverordnung – PolVO)

vom

25. November 2004

Inhaltsverzeichnis:

Abschnitt 1 - Allgemeine Regelungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen

Abschnitt 2 - Umweltschädliches Verhalten

- § 3 Reinigen von Fahrzeugen
- § 4 Benutzung öffentlicher Brunnen
- § 5 Gefahren durch Tiere
- § 6 Verunreinigung durch Hunde
- § 7 Taubenfütterungsverbot
- § 8 Lärm durch Fahrzeuge
- § 9 Abbrennen offener Feuer

Abschnitt 3 - Schutz gegen Lärmbelästigungen

- § 10 Schutz der Nachtruhe sowie der Ruhe an Sonn- und Feiertagen
- § 11 Benutzung von Rundfunkgeräten, Lautsprechern, Musikinstrumenten u. ä.
- § 12 Lärm von Sportplätzen
- § 13 Haus-, Hof- und Gartenarbeiten
- § 14 Tierlärm
- § 15 Benutzung von Wertstoffcontainern

Abschnitt 4 - Bekämpfung von Ratten

- § 16 Anzeige- und Bekämpfungspflicht
- § 17 Bekämpfungsmittel
- § 18 Vorbeugung gegen Rattenbefall
- § 19 Schutzvorkehrungen
- § 20 Duldungspflichten
- § 21 Allgemeine Bekämpfungsmaßnahmen
- § 22 Ausnahmen

Abschnitt 5 - Anbringen von Hausnummern

- § 23 Hausnummern

Abschnitt 6 - Schlussbestimmungen

- § 24 Zulassung von Ausnahmen
- § 25 Ordnungswidrigkeiten
- § 26 In-Kraft-Treten

Aufgrund von § 9 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Polizeigesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsPolG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999 (GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. August 2003 (GVBl. S. 330) erlässt die Stadt Heidenau als Ortspolizeibehörde gemäß des Beschlusses des Stadtrates in seiner öffentlichen Sitzung vom 25. November 2004 für das Stadtgebiet von Heidenau folgende

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Heidenau (Polizeiverordnung – PolVO)

Abschnitt 1 Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

Diese Polizeiverordnung gilt im gesamten Gebiet der Stadt Heidenau.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Öffentliche Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind (§ 2 Abs. 1 SächsStrG) oder auf denen ein tatsächlicher öffentlicher Verkehr stattfindet.

Abschnitt 2 Umweltschädliches Verhalten

§ 3 Reinigen von Fahrzeugen

Das Waschen von Fahrzeugen, die Durchführung von Ölwechseln, das Reinigen von Fahrzeugmotoren und die Unterbodenwäsche auf öffentlichen Straßen ist untersagt.

§ 4 Benutzung öffentlicher Brunnen

Öffentliche Brunnen dürfen nur entsprechend ihrer Zweckbestimmung benutzt werden. Es ist verboten, sie zu beschmutzen sowie das Wasser zu verunreinigen.

§ 5 Gefahren durch Tiere

- (1) Tiere sind so zu halten und zu beaufsichtigen, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht belästigt, gefährdet oder geschädigt werden.
- (2) Das Halten von Raubtieren, Gift- und Riesenschlangen sowie von anderen Tieren, die durch ihre Körperkräfte, Gifte oder ihr Verhalten Personen gefährden können, ist der Ortspolizeibehörde durch den Tierhalter unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

- (3) Hunde dürfen auf öffentlichen Straßen ohne Begleitung einer Person, die durch Zuruf auf das Tier einwirken kann, nicht frei herumlaufen.
- (4) In Fußgängerzonen sowie bei größeren Menschenansammlungen sind Hunde an der Leine zu führen.
- (5) Die bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen zum Schutz vor gefährlichen Hunden bleiben hiervon unberührt.

§ 6 Verunreinigung durch Hunde

Der Halter oder Führer eines Hundes ist verpflichtet, den Hundekot, den sein Hund auf öffentlichen Straßen ablegt, unverzüglich zu beseitigen.

§ 7 Taubenfütterungsverbot

Tauben dürfen auf öffentlichen Straßen nicht gefüttert werden.

§ 8 Lärm durch Fahrzeuge

In bewohnten Gebieten oder in der Nähe von Wohngebäuden ist es verboten

1. Kraftfahrzeugmotoren unnötig laufen zu lassen,
2. Fahrzeug- und Garagentüren übermäßig laut zu schließen,
3. Fahrräder mit Hilfsmotor und Motoren von Krafträdern in Toreinfahrten, Durchfahrten oder auf Innenhöfen von Wohnhäusern anzulassen,
4. beim Be- und Entladen von Fahrzeugen vermeidbaren Lärm zu verursachen,
5. mit den an Fahrzeugen vorhandenen Vorrichtungen unnötige Schallzeichen abzugeben.

§ 9 Abbrennen offener Feuer

- (1) Für das Abbrennen von offenen Feuern ist die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erforderlich.

Keiner Erlaubnis bedürfen

1. Koch- und Grillfeuer mit trockenem unbehandeltem Holz in befestigten Feuerstätten,
2. Koch- und Grillfeuer mit handelsüblichen Grillmaterialien (z.B. Holzkohle oder Grillbrikett) in handelsüblichen Grillgeräten und

3. das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen aus nicht gewerblich genutzten Gartengrundstücken im Sinne des § 4 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen (Pflanzenabfallverordnung - PflanzAbfV).

Die Feuer sind so abzubrennen, dass hierbei keine Belästigung oder Gefährdung Dritter insbesondere durch Flammenüberschlag, Rauch oder Gerüche entsteht.

- (2) Das Abbrennen ist zu untersagen oder kann mit Auflagen verbunden werden, wenn Umstände bestehen, die ein gefahrloses Abbrennen nicht ermöglichen. Solche Umstände können z.B. extreme Trockenheit, die unmittelbare Nähe eines Waldes oder einer landwirtschaftlich genutzten Fläche, die unmittelbare Nähe eines Lagers mit feuergefährlichen Stoffen usw. sein.
- (3) Der Erlaubnis Antrag ist rechtzeitig vor dem Abbrennen eines offenen Feuers schriftlich bei der Stadt Heidenau, Ordnungsamt, einzureichen und soll folgende Mindestangaben enthalten:
 1. Anschrift des Erlaubnisnehmers
 2. Zeit und Ort, an dem das Abbrennen eines offenen Feuers vorgesehen ist
 3. Anlass bzw. Grund für das Abbrennen eines offenen Feuers
- (4) Die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes, der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen (Pflanzenabfallverordnung - PflanzAbfV), des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen sowie des Bundesimmissionsschutzgesetzes werden von dieser Regelung nicht berührt.

Abschnitt 3 Schutz gegen Lärmbelästigung

§ 10 Schutz der Nachtruhe sowie der Ruhe an Sonn- und Feiertagen

- (1) Die Nachtzeit umfasst die Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr. In dieser Zeit sind alle Handlungen, die geeignet sind, die Nachtruhe mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu stören, zu unterlassen.
- (2) Die Ortspolizeibehörde kann im Einzelfall Ausnahmen vom Verbot des Abs. 1 zulassen, wenn besondere öffentliche Interessen die Durchführung von Arbeiten und anderen lärmverursachenden Handlungen in der Nacht erfordern. Soweit für Arbeiten nach sonstigen Vorschriften eine behördliche Erlaubnis erforderlich ist, entscheidet die Erlaubnisbehörde über die Zulassung der Ausnahme.
- (3) Gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsSFG) sind an den Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen öffentlich bemerkbare Arbeiten und sonstige Handlungen, die geeignet sind, die Ruhe des Tages zu beeinträchtigen, verboten, soweit nicht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes etwas anderes bestimmt ist.
- (4) Die Vorschriften des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 11

Benutzung von Rundfunkgeräten, Lautsprechern, Musikinstrumenten u. ä.

- (1) Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Tonwiedergabegeräte, Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektro-akustische Geräte zur Lauterzeugung dürfen nur so benutzt werden, dass andere nicht erheblich belästigt werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Geräte oder Instrumente bei offenen Fenstern oder Türen, auf Balkonen, im Freien oder in Kraftfahrzeugen betrieben oder gespielt werden.
- (2) Abs. 1 gilt nicht:
 1. bei Umzügen, Kundgebungen, Märkten und Messen im Freien und bei Veranstaltungen, die einem herkömmlichen Brauch entsprechen,
 2. für amtliche und amtlich genehmigte Durchsagen.

§ 12

Lärm von Sportplätzen

Sportplätze, die weniger als 50 m von der Wohnbebauung entfernt sind, dürfen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr nicht benutzt werden.

§ 13

Haus-, Hof- und Gartenarbeiten

- (1) Haus-, Hof- und Gartenarbeiten, die andere unzumutbar in ihrer Ruhe stören, dürfen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr nicht ausgeführt werden.
- (2) Zu den Haus-, Hof- und Gartenarbeiten gehören insbesondere der Betrieb von Bodenbearbeitungsgeräten, von Rasenmähern und von Gartenhäckslern, das Bohren, Sägen, Schleifen, Hämmern und Spalten von Holz, das Ausklopfen von Teppichen, Betten und Matratzen, Polstern u. ä..
- (3) Die Vorschriften des Bundesimmissionsschutzgesetzes, des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen sowie der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV) bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 14

Tierlärm

Tiere sind so zu halten, dass andere nicht durch anhaltende tierische Laute mehr als nach den Umständen unvermeidbar belästigt werden.

§ 15

Benutzung von Wertstoffcontainern

- (1) Das Einwerfen von Wertstoffen in die dafür vorgesehenen Behälter (Wertstoffcontainer) ist an Werktagen in der Zeit von 19.00 Uhr bis 7.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen nicht gestattet.

- (2) Es ist untersagt, Abfälle, Wertstoffe, Gelbe Säcke oder andere Gegenstände auf oder neben die Wertstoffcontainer zu legen oder zu stellen. Dies gilt auch bei Überfüllung der Wertstoffcontainer.
- (3) Es ist nicht gestattet, größere Abfallmengen in die zur allgemeinen Benutzung aufgestellten städtischen Abfallbehälter (Papierkörbe) einzubringen. Insbesondere das Einbringen von in Haushalten oder Gewerbebetrieben angefallenen Abfällen ist untersagt.
- (4) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen, des Bundesimmissionsschutzgesetzes, des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes sowie der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Sächsische Schweiz bleiben unberührt.

Abschnitt 4 Bekämpfung von Ratten

§ 16 Anzeige- und Bekämpfungspflicht

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken innerhalb geschlossener Ortschaften sind, wenn sie Rattenbefall feststellen, zur unverzüglichen Anzeige gegenüber der Ortspolizeibehörde und Bekämpfung des Rattenbefalls verpflichtet. Die Bekämpfungsmaßnahmen sind solange zu wiederholen, bis der Rattenbefall beseitigt ist.
- (2) Wer die tatsächliche Gewalt über die Grundstücke oder Örtlichkeiten ausübt, ist neben dem Eigentümer für die Rattenbekämpfung verantwortlich. Er ist an Stelle des Eigentümers verantwortlich, wenn er die tatsächliche Gewalt gegen den Willen des Eigentümers ausübt.

§ 17 Bekämpfungsmittel

Die Anwendung von Rattenbekämpfungsmitteln richtet sich nach dafür geltenden besonderen Vorschriften.

§ 18 Vorbeugung gegen Rattenbefall

Abfallstoffe, vor allem Küchen- und Futterabfälle, Müll und Unrat, die einen Rattenbefall begünstigen, sind vor der Bekämpfung zu entfernen. Nach Beendigung der Bekämpfung müssen Vorkehrungen, gegebenenfalls auch baulicher Art, getroffen werden, die einem Neubefall entgegenwirken.

§ 19 Schutzvorkehrungen

- (1) Bekämpfungsmittel (Giftstoffe, Fallen etc.) sind so anzuwenden, dass Menschen, andere Tiere und die Umwelt nicht gefährdet werden. Ködermittel dürfen nur verdeckt in Köderstationen ausgelegt werden. Anfallende Tierkadaver und Bekämpfungsmittelreste sind nach Beendigung der Bekämpfung ordnungsgemäß zu beseitigen und zu entsorgen. Die Vorschriften nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bleiben unberührt.

- (2) Während der Anwendung von Bekämpfungsmitteln müssen auffallende Warnzettel auf die Bekämpfung hinweisen. Die Warnung muss den Namen des Anwenders, das Datum des Beginns und bei Verwendung von Giftpräparaten, den Namen des Wirkstoffes, sowie das Gegenmittel bei Vergiftungen enthalten. Nach Beendigung der Bekämpfung sind alle Warnzettel wieder abzunehmen.
- (3) Schädlingsbekämpfungsunternehmen dürfen das Gift nur in Gegenwart eines nach § 16 Verpflichteten oder seines Beauftragten auslegen.

§ 20 Duldungspflichten

- (1) Wer zur Rattenbekämpfung verpflichtet ist, hat den Beauftragten der Ortspolizeibehörde zur Feststellung des Rattenbefalls und zur Überwachung der Rattenbekämpfung das Betreten seines Grundstückes zu gestatten und auf Verlangen Auskunft zu erteilen.
- (2) Bei einer nach § 21 allgemein angeordneten Rattenbekämpfung haben auch nicht nach § 16 Verpflichtete das Auslegen von Bekämpfungsmitteln auf ihren Grundstücken zu dulden.

§ 21 Allgemeine Bekämpfungsmaßnahmen

- (1) Die Ortspolizeibehörde kann eine allgemeine Rattenbekämpfung durch die nach § 16 Verpflichteten für die ganze Stadt oder einen Teil des Stadtgebietes anordnen. In der Anordnung ist der Zeitraum festzulegen, währenddessen die Rattenbekämpfung durchzuführen ist.
- (2) Die allgemeine Rattenbekämpfung nach Abs. 1 kann einem sachkundigen Schädlingsbekämpfungsunternehmen übertragen werden.
- (3) Die Kosten der Bekämpfung haben die nach § 16 Verpflichteten zu tragen.

§ 22 Ausnahmen

Auf Antrag können von der Ortspolizei bei allgemein angeordneten Rattenbekämpfungen solche Grundstücke von der Bekämpfung ausgenommen werden, auf denen der Verfügungsberechtigte diese durch sachkundige Personen selbst ausführen lässt.

Abschnitt 5 Anbringen von Hausnummern

§ 23 Hausnummern

- (1) Die Hauseigentümer haben ihre Gebäude spätestens an dem Tag, an dem sie bezogen werden, mit einer von der Gemeinde festgesetzten Hausnummer in arabischen Ziffern zu versehen.

- (2) Die Hausnummern müssen von der Straße aus, in die das Haus einnummeriert ist, gut lesbar sein. Unleserliche Hausnummernschilder sind unverzüglich zu erneuern. Die Hausnummern sind in einer Höhe von nicht mehr als 3 m an der der Straße zugekehrten Seite des Gebäudes unmittelbar über oder neben dem Gebäudeeingang oder, wenn sich der Gebäudeeingang nicht an der Straßenseite des Gebäudes befindet, an der dem Grundstückszugang nächstgelegenen Gebäudeecke anzubringen. Bei Gebäuden, die von der Straße zurückliegen, können die Hausnummern am Grundstückszugang angebracht werden.
- (3) Die Ortspolizeibehörde kann im Einzelfall anordnen, wo, wie und in welcher Ausführung Hausnummern anzubringen sind, soweit dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung geboten ist.

Abschnitt 6 Schlussbestimmungen

§ 24 Zulassung von Ausnahmen

Entsteht für den Betroffenen eine nicht zumutbare Härte, so kann die Ortspolizeibehörde Ausnahmen von den Vorschriften dieser Polizeiverordnung zulassen, sofern keine öffentlichen Interessen entgegenstehen.

§ 25 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 17 Abs. 1 Sächsisches Polizeigesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 3 auf öffentlichen Straßen Fahrzeuge wäscht, Ölwechsel durchführt, Fahrzeugmotoren reinigt oder Unterbodenwäsche durchführt,
 2. entgegen § 4 öffentliche Brunnen entgegen ihrer Zweckbestimmung benutzt, sie beschmutzt oder das Wasser verunreinigt,
 3. entgegen § 5 Abs. 1 Tiere so hält oder beaufsichtigt, dass Menschen, Tiere oder Sachen belästigt, gefährdet oder geschädigt werden,
 4. entgegen § 5 Abs. 2 das Halten von Raubtieren, Gift- und Riesenschlangen sowie von anderen Tieren, die durch ihre Körperkräfte, Gifte oder ihr Verhalten Personen gefährden können, der Ortspolizeibehörde nicht unverzüglich anzeigt,
 5. entgegen § 5 Abs. 3 Hunde auf öffentlichen Straßen ohne Begleitung einer Person, die durch Zuruf auf das Tier einwirken kann, frei herumlaufen lässt,
 6. entgegen § 5 Abs. 4 in Fußgängerzonen oder bei größeren Menschenansammlungen Hunde nicht an der Leine führt,
 7. entgegen § 6 als Halter oder Führer eines Hundes den Hundekot, den sein Hund auf öffentlichen Straßen ablegt, nicht unverzüglich beseitigt,
 8. entgegen § 7 auf öffentlichen Straßen Tauben füttert,

9. entgegen § 8 in bewohnten Gebieten oder in der Nähe von Wohngebäuden,
 - a) Kraftfahrzeugmotoren unnötig laufen lässt,
 - b) Fahrzeug- und Garagentüren übermäßig laut schließt,
 - c) Fahrräder mit Hilfsmotoren und Motoren von Krafträdern in Toreinfahrten, Durchfahrten oder auf Innenhöfen von Wohnhäusern anlässt,
 - d) beim Be- und Entladen von Fahrzeugen vermeidbaren Lärm verursacht,
 - e) mit den an Fahrzeugen vorhandenen Vorrichtungen unnötige Schallzeichen abgibt,
10. entgegen § 9 Abs. 1 offene Feuer ohne Erlaubnis der Ortspolizeibehörde abbrennt oder Feuer so abbrennt, dass hierbei eine Belästigung oder Gefährdung Dritter entsteht,
11. entgegen § 10 Abs. 1, ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 10 Abs. 2 zu besitzen, Handlungen vornimmt, die geeignet sind, die Nachtruhe mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu stören,
12. entgegen § 11 Abs. 1 Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Tonwiedergabegeräte, Musikinstrumente oder andere mechanische oder elektro-akustische Geräte zur Lauterzeugung so benutzt, dass andere erheblich belästigt werden,
13. entgegen § 12 Sportplätze benutzt,
14. entgegen § 13 Abs. 1 Haus-, Hof- und Gartenarbeiten ausführt, die andere unzumutbar in ihrer Ruhe stören,
15. entgegen § 14 Tiere so hält, dass andere durch anhaltende tierische Laute mehr als nach den Umständen unvermeidbar belästigt werden,
16. entgegen § 15 Abs. 1 Wertstoffe außerhalb der zugelassenen Zeiten in die dafür vorgesehenen Behälter (Wertstoffcontainer) einwirft,
17. entgegen § 15 Abs. 2 Abfälle, Wertstoffe, Gelbe Säcke oder andere Gegenstände auf oder neben die Wertstoffcontainer legt oder stellt,
18. entgegen § 15 Abs. 3 größere Abfallmengen oder Abfälle, die in Haushalten oder Gewerbebetrieben anfallen, in die zur allgemeinen Benutzung aufgestellten städtischen Abfallbehälter (Papierkörbe) einbringt,
19. entgegen § 16 Abs. 1 als Verpflichteter festgestellten Rattenbefall nicht unverzüglich der Ortspolizeibehörde anzeigt oder keine Rattenbekämpfung nach den Vorschriften dieser Verordnung durchführt oder die Bekämpfungsmaßnahmen nicht solange wiederholt, bis der Rattenbefall beseitigt ist,
20. die in § 18 vorgeschriebenen vorbeugenden Maßnahmen gegen Rattenbefall nicht trifft,
21. entgegen § 19 Abs. 1 Bekämpfungsmittel so anwendet, dass Menschen, andere Tiere und die Umwelt gefährdet werden, Ködermittel unverdeckt auslegt oder Tierkadaver und Bekämpfungsmittelsreste nach Beendigung der Bekämpfung nicht ordnungsgemäß beseitigt und entsorgt,
22. entgegen § 19 Abs. 2 Warnzettel nicht oder nicht auffallend anbringt oder unvollständig ausfüllt,

23. entgegen § 20 den Beauftragten der Ortspolizeibehörde zur Feststellung des Rattenbefalls und zur Überwachung der Rattenbekämpfung das Betreten seiner Grundstücke nicht gestattet oder auf Verlangen keine Auskunft erteilt,
 24. entgegen § 20 Abs. 2 bei einer nach § 21 allgemein angeordneten Rattenbekämpfung das Auslegen von Bekämpfungsmitteln auf seinem Grundstück nicht duldet,
 25. entgegen § 23 Abs. 1 als Hauseigentümer sein Gebäude nicht, nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß mit der von der Gemeinde festgesetzten Hausnummern versieht,
 26. entgegen § 23 Abs. 2 unleserliche Hausnummernschilder nicht unverzüglich erneuert oder Hausnummern nicht an den dafür vorgesehenen Stellen anbringt.
- (2) Abs. 1 gilt nicht, soweit eine Ausnahme nach § 24 zugelassen worden ist.
- (3) Ordnungswidrigkeiten können nach § 17 Abs. 2 SächsPolG und § 17 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße von mindestens 5,00 € und höchstens 1.000,00 € geahndet werden.

§ 26 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Polizeiverordnung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Polizeiverordnung der Stadt Heidenau vom 25. September 2003 außer Kraft.

Heidenau, den 26. November 2004

Jacobs
Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahren- oder Formvorschriften zustandegekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustandegekommen. Das gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich bekannt gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Heidenau, den 26. November 2004

Jacobs
Bürgermeister